

Vortragsabstracts

Mathias Deinert: Kulturgutentziehungen in SBZ und DDR: Grundlagenforschung durch Kooperationsprojekte

Im nunmehr vierten Jahr seit Beginn der Förderung von Grundlagenforschungsprojekten geht das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste aktiv auf Institutionen zu, um das verwickelte Thema der Kulturgutverluste in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) systematisch aufzuarbeiten.

Die sieben Kooperationen zur Grundlagenforschung aber, die seither gestartet wurden, sind keine Projekte individueller Bestandsforschung: Vielmehr soll hier zunächst eine solide Basis für die spätere Provenienzforschung geschaffen werden, da sich auftretende Einzelfälle des Entzugs sonst nicht sinnvoll einordnen, gruppieren oder bewerten lassen. Diese Projekte werfen Licht auf die Strukturen organisierter Kulturgutentziehungen in SBZ und DDR, sie liefern Übersichtsdarstellungen und Fallstudien, ermitteln die Archivsituation und erschließen wichtigste Aktenbestände.

Davon ausgehend, gibt der Vortrag einen Überblick über die bisherigen Anstrengungen des Zentrums im Forschungsbereich SBZ/DDR. Der Vortrag verdeutlicht aber auch, wie viel Arbeit noch bevorsteht und wie die noch offenen Wissenslücken und Forschungsdesiderate mit weiteren Grundlagenforschungsprojekten geschlossen werden könnten. Die bisher gewonnenen Erkenntnisse kommen ebenso zur Sprache wie die Schwierigkeiten, mit denen eine Provenienzforschung zu kämpfen hat, deren Anlässe historisch geworden sind, aber zeitlich trotzdem noch nicht weit (genug?) zurück liegen.

Jan Scheunemann: Bodenreform – Sonderaktion Leipzig – Mühlenbeck-Connection. Die „kommerzielle Verwertung“ von Museumsbeständen in der DDR

In den letzten Jahren hat sich die Erforschung des Entzuges von Kunst- und Kulturgütern in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR verstärkt. Dabei gewann auch die Frage an Relevanz, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang Museen an Erwerbungen, Weitergaben und Verkäufen von Kunstobjekten beteiligt waren, die ihren Eigentümern unrechtmäßig entzogen wurden. Der Vortrag beleuchtet die Enteignung von Kunst- und Kulturgut im Zuge der Bodenreform 1945 und die in diesem Zusammenhang erfolgten Verkäufe an Privatpersonen und Antiquitätenhändler. Nach ersten Anordnungen auf lokaler Ebene in den 1950er Jahren, „abgabefähige Depotbestände“ aus Museen zu verkaufen, setzte im Dezember 1963 auf Grundlage einer vom Ministerium für Kultur der DDR erlassenden Anweisung ein systematischer Verkauf von musealen Sammlungsbeständen ein, der unter dem Begriff „Sonderaktion Leipzig“ aktenkundig geworden ist. An dieser über den VEH Moderne Kunst in Ost-Berlin abgewickelten Aktion waren 34 Museen und Kunstsammlungen in der DDR beteiligt. Dass dabei in großem Umfang auch Sammlungsobjekte zum Verkauf auf den internationalen Kunstmarkt gelangten, die ursprünglich aus dem Kontext der Bodenreformenteignungen stammten, lässt sich hier ebenso nachweisen wie bei den bis zum August 1989 erfolgten Verkäufen von Museumsgut durch die Kunst und Antiquitäten GmbH. Die K&A war im Februar 1973 bekanntlich mit der Maßgabe gegründet worden, durch den Export von Antiquitäten und Museumsbeständen Devisen in Höhe von 55 Mio. Valutamark zu erwirtschaften.

Doris Kachel: Übergabe-Übernahme-Protokoll: Kulturgut aus Entziehungskontexten? Die Einlieferungen staatlicher Institutionen und Organisationen in das Museum für Deutsche Geschichte der DDR

In den Akten des Museums für Deutsche Geschichte (MfDG) dokumentieren oftmals Übergabe-Protokolle die Einlieferungen staatlicher Institutionen, Behörden, Organisationen und öffentlicher Einrichtungen der DDR in das zentrale Geschichtsmuseum. Insbesondere in der Aufbauphase des Museums nach dessen Gründung im Jahr 1952 kam es zu einem umfangreichen Sammlungszuwachs. Doch inwiefern besteht ein Zusammenhang zwischen den vielen Objektbewegungen der Nachkriegszeit und den an das MfDG überwiesenen Objekten? Kann es sich um zuvor entzogene Kulturgüter handeln?

Von Oktober 2018 bis November 2020 ging das Deutsche Historische Museum in Kooperation mit dem Deutschen Zentrum Kulturgutverluste in einer «repräsentativen Studie zu den Übergaben staatlicher Institutionen und Organisationen an das MfDG» der Frage des staatlich gelenkten Transfers von Kunst- und Kulturgütern in der SBZ und DDR nach. Dabei wurden neben der Erwerbspraxis des MfDG, auch die Netzwerke der Akteure in Politik, Behörden und der Museumslandschaft, die für die Überweisungen verantwortlich waren, untersucht.

Besonderes Augenmerk wurde sowohl auf die Kategorisierung der vielfältigen staatlichen Stellen, wie Ministerien, Räte der Bezirke, Kreise, etc., Massenorganisationen oder der Volkspolizei als auch auf die exemplarische Untersuchung von Objekten gelegt, die aus den verschiedenen spezifischen Entzugskontexten der SBZ und der DDR stammen. Darunter fallen die Enteignungen von Schlossbesitzern im Zuge der Bodenreform oder auch der Entzug von Eigentum im Zusammenhang mit der Flucht aus der DDR.

Uwe Hartmann: Urteilen, wählen, kaufen? Der Kunst- und Antiquitätenhandel in der DDR zwischen Plan- und Mangelwirtschaft

Anlässlich des fünfjährigen Bestehens des Staatlichen Kunsthandels der DDR zog der Direktor dieses volkseigenen Betriebes 1979 seine Bilanz unter der Überschrift „Urteilen, wählen, kaufen“. Dieser Slogan könnte den Eindruck entstehen lassen, dass die Bürger der DDR die Gelegenheit hatten, als Konsumenten ganz anders als bei Kraftfahrzeugen, der Haushalts- und Unterhaltungselektronik, beim Heim- und Handwerkerbedarf oder auch in Hinsicht auf modische Bekleidung im Angebot des Kunsthandels aus einer Fülle und Vielfalt nach subjektiven und individuellen Qualitätskriterien auswählen zu können.

Wie verhielt sich dieses Prinzip der gegenseitigen Regelung von Angebot und Nachfrage im Gegensatz zu der in den zurückliegenden ersten 25 Jahren des Bestehens der DDR ausgeübten Praxis der „Ersetzung des Kunstmarktes durch ein spezifisches Auftragssystem,“ (Paul Kaiser, 2016) und wie konnte es überhaupt in einer Planwirtschaft funktionieren?

Das künstlerische Schaffen der in der DDR lebenden und arbeitenden Maler, Grafiker, Bildhauer und in den angewandten Bereichen Tätigen quantitativ mit Vorgaben und entsprechenden Verdienstmöglichkeiten zu stimulieren, hätte das Auftragssystem praktisch für den individuellen Bedarf der Sammler, Liebhaber und Kenner erweitert.

Aber dieses Angebot an Gegenwartskunst konnte nur ein schmales Segment der Nachfrage abdecken und bedienen. Wie also wollte und sollte man dem wachsenden Bedürfnis zur Erwerbung älterer Kunst, dem Wunsch, in Wohnräumen in Gebäuden aus der Gründerzeit oder in Fachwerkhäusern aus dem 18. Jahrhundert historisches Mobiliar aufzustellen, sich mit Antiquitäten zu umgeben, die keiner Funktionslogik im Alltag zu unterwerfen waren, umgehen?

Und schließlich: wie wirkte sich der Exportdruck zur Devisenbeschaffung auf den Binnenmarkt aus? Nachdem die These von der „Kunst ohne Markt“ in der staatssozialistischen Planwirtschaft haltlos geworden war, ist häufig vom „staatlich gelenkten Kunstmarkt“ in der DDR die Rede. Wie aber konnte

etwas geplant oder zumindest gelenkt werden, wenn gesamtgesellschaftlich allein noch die Verwaltung des Mangels stattfand?

Fragen wie diesen soll in dem Vortrag nachgegangen und dabei ein struktureller Überblick geboten werden.

Claudia Maria Müller: Dresdner Kunsthandel vor und nach 1945. Das Beispiel der Kunsthandlung Alphons Müller

In einem Überblick werden die vor und nach 1945 in Dresden ansässigen Kunsthandlungen sowie die Entwicklungen des privaten Kunsthandels in der Nachkriegszeit vorgestellt.

Detailliertere Einblicke in die Struktur und Organisation des privaten Kunsthandels in der DDR vermitteln die zum Teil erhaltenen Firmenakten des Kunsthändlers Alphons Müller. Dieser führte von 1936 bis 1972 ein Antiquitätengeschäft in Dresden (anfangs in der Innenstadt Dresdens, Johann-Georgen-Allee 17, später in Dresden-Blasewitz, Regerstraße 16). Die Auswertung der Unterlagen bestätigt einmal mehr, wie der Staat zunehmend den privaten Handel von Antiquitäten kontrollierte und durch gezielte Ankaufsvermittlungen steuerte, an denen er letztlich durch die Erhebung von Provisionen mit verdiente.

Als weiteres Ergebnis der Untersuchung lässt sich festhalten, dass durch den privaten Kunsthandel in der DDR – abseits der staatlichen Doktrin – weiterhin ein Austausch über Kunst und Kultur in bürgerlichen Kreisen möglich war, gepflegt und gelebt wurde. Bei genauer Betrachtung wird deutlich erkennbar, dass es bei der zunehmenden staatlichen Einflussnahme und Verstaatlichung des privaten Kunsthandels für die dringend notwendige Beschaffung von Devisen letztendlich auch um die Zerschlagung dieser Strukturen ging.

Christin Müller-Wenzel: Magnet für Kunstliebhaber oder Ort der Provokation? Die Galerie Henning in Halle (Saale)

Die Galerie Henning in Halle an der Saale war mit ihrem programmatischen Ausstellungsprofil in den 1940er/50er Jahren der politischen Macht des sowjetisch-sozialistischen Regimes der DDR in besonderer Weise entgegen getreten und setzte mit ihren Ausstellungen Glanz- und Höhepunkte am Kulturhimmel der ersten Nachkriegsjahre. All diejenigen Künstler, die sich der Tradition des deutschen Expressionismus und der europäischen Avantgarde verpflichtet fühlten, zeigte die Galerie Henning in ihrem Programm, u. a. Pablo Picasso, Joan Miró, Marc Chagall, Max Pechstein, Karl Hofer und Karl Schmidt-Rottluff. Durch ihr provozierendes Ausstellungsprogramm wurde die Galerie Henning zum Dorn in den Augen der SED. Sie fügte sich, trotz der Verbote und öffentlichen Angriffe, bis zur letztendlichen Zwangsschließung im Dezember 1961, nicht den Forderungen der Partei.

Letztendlich war eine private Galerie in der DDR der frühen Nachkriegsjahre ein Forum für zahlreiche Machtkämpfe, die mittels Farce, Komödie, Ironie und Kommerz ausgetragen wurden. Sie lebte von Zweideutigkeiten, von unerforschten Annahmen und von intensiver Rhetorik. Die Galerie Henning war in der Situation, dass sie als Mittel zum Zweck gesehen wurde, das Bewusstsein ihrer Besucher zu erweitern und gleichzeitig zur politischen Erziehung derer beizutragen. Der Galerist stellte sich gegen die politische Dekadenz und musste schmerzlich erfahren, dass ein Staat nicht ohne Politik und die Politik nicht ohne ihren Staat sein kann.

Bernd Isphording: Die Kunst und Antiquitäten GmbH im Spiegel ihrer archivischen Überlieferung. Möglichkeiten und Grenzen der Provenienzforschung

Von 1973 bis 1989 war die Kunst und Antiquitäten GmbH (KuA) der zentrale Außenhandelsbetrieb der DDR für den Export von Kulturgut und Gebrauchsgütern aller Art. Wie bei allen KoKo-Betrieben war das Hauptziel dabei die Erwirtschaftung von Westdevisen für die grauen Kassen der Partei- und Staatsführung. Das Geschäft der KuA war geprägt vom Mangel an verwertbarem Nachschub. Die KuA

versuchte dieses Problem durch finanzielle Anreize (u.a. Beteiligung am Devisenertrag oder Zugang zu Westwaren) zu lösen. Gemeinsam mit Staatssicherheit und Steuerbehörden übten ihre Mitarbeiter aber auch Druck aus. Am bekanntesten sind hier die fingierten Steuerverfahren mit denen Kunstsammler und private Händler um ihre Sammlungen und Warenbestände gebracht wurden, die die KuA dann vor allem über ihr Zentrallager in Mühlenbeck in den Westen exportierte. Der Vortrag stellt die Geschäftsmethoden der KuA an Hand von verschiedenen Archivalien vor, die heute als Teil der erhaltenen Geschäftsunterlagen der KuA im Bundesarchiv in Berlin verwahrt werden. In den Blick genommen werden dabei Ansatzmöglichkeiten und Probleme für Provenienzforscher*innen bei der Suche nach Herkunft und Verbleib von Kunstgegenständen. Dabei machen knappe Bezeichnungen und die Verwendung eines KuA-internen Code-Systems von Aufklebernummern viele Recherchen im KuA-Bestand ausgesprochen aufwändig. Die relativ guten Recherchemöglichkeiten bei hochwertigen Gemälden werden abschließend am Beispiel eines Bildes von Wilhelm Riefstahl dargestellt.

Xenia Schiemann, Margaux Dumas: Behind the Iron Curtain: A case study of the East German exports of art and their connection to Nazi loot

[Vortrag auf Englisch]

Am 21. Oktober 1997 versteigerte man bei Christie´s New York eine hochwertige Kommode als Eigentum der US-amerikanischen Kunstsammlerin Nancy Richardson für 937 500 US-Dollar. Dasselbe Möbelstück wurde bereits am 3. Juli 1986 als anonymous sale bei Christie´s London angeboten und für 151 200 Pfund – dem höchsten Erlös bei dieser Auktion – veräußert. Bei der prächtigen Kommode handelte sich um ein Werk des bedeutenden Pariser Möbelkünstlers Guillaume Beneman/Benneman (? – 1811), der u.a. von der Königin Marie-Antoinette und dem Garde-Meuble de la Couronne beauftragt wurde. Die Kommode entstand im Jahre 1787 samt einem weiteren typengleichen Exemplar im Auftrag der Gattin des Intendant Général de la Couronne Madame Thierry de Ville de Avray für die Einrichtung ihres Zimmers im Hôtel du Garde-Meuble. Während der Französischen Revolution wurden die beiden Kommoden getrennt. Das typengleiche Exemplar gehört seit 1870 zum Bestand des Louvre. Das zu betrachtende Möbel war ebenfalls im Louvre für eine kurze Zeit ausgestellt, und zwar in der im Jahre 1933 organisierten Ausstellung Louvre-Rétrospective du meuble du XVIIème siècle à nos jours als Leihgabe der Pariser Antiquitätenhändlerin Marie Touzain. Es konnten bis jetzt keine Informationen über einen Verkauf dieser Kommode zwischen 1933 und 1941 gefunden werden, was wiederum vermuten lässt, dass das Möbelstück zu Beginn des Zweiten Weltkrieges noch Marie Touzain gehörte. Zwischen März und November 1941 war die Beneman-Kommode mit der Vermittlung von Margot Jansson und ihrem Ehemann Marius Cassagne an die Reichsbank verkauft worden. Dr. Heinrich Wolff – der Baudirektor der Reichsbank – wollte ihre Repräsentationsräume nach französischem Vorbild gestalten. Während der deutschen Besetzung Frankreichs kaufte er viele französische Möbel und Kunstwerke mit Hilfe von Margot Jansson, die mit dem Reichsbankpräsidenten und Wirtschaftsminister des Dritten Reiches Walther Funk befreundet war. Darüber hinaus arbeitete Jansson mit dem Bruder von Marie Touzain – Eugène Pouget – zusammen. Dies könnte erklären, auf welchem Wege die Zwischenhändlerin die Beneman-Kommode ausfindig machte. Nach der Befreiung Frankreichs erklärte die Commission de Récupération Artistique das Möbelstück als geplündert und nahm sie in den vierten Band des Répertoire des Biens spoliés (1947-1949) unter der Nummer 2035 auf.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Kommode im Jahre 1952 vom DDR-Finanzministerium aus dem ehemaligen Gebäude der Reichsbank an das Märkische Museum überwiesen. Sie gehörte zu einem Konvolut von insgesamt 51 Exemplaren der sog. Reichsbankmöbel, die das Märkische Museum 1951–1952 in den eigenen Bestand aufnahm. Im Inventarbuch des Museums wurde ebenfalls ein Vermerk über das zur Sammlung des Louvre gehörigen Pendant der übernommenen Beneman-Kommode

gemacht. Heute besitzt die Stiftung Stadtmuseum Berlin nur noch ihre originale graue – aber beschädigte – Steinplatte.

Es stellt sich somit die Frage, warum und auf welchem Wege solch ein Spitzenobjekt zu DDR-Zeiten aus dem Märkischen Museum entnommen und mit einer ersetzten Platte hinter dem Eisernen Vorhang 1986 versteigert wurde? Zwar finden sich nach bisherigem Forschungsstand keine Hinweise auf diesen Verkauf in einschlägigen Archiven, jedoch gehen die Autorinnen bei diesem Fall von der Beteiligung der Kunst und Antiquitäten GmbH (KuA) aus. 1973 im Bereich der Kommerziellen Koordinierung gegründet, war die KuA kurz danach in der DDR für den Export von Antiquitäten und Gebrauchsgütern ins kapitalistische Ausland zwecks Devisenerwirtschaftung verantwortlich gemacht worden.

Zu den Abnehmern der ostdeutschen GmbH zählten unter anderem westliche Auktionsunternehmer. Die Überlieferungen im Bundesarchiv belegen beispielsweise, dass die KuA und das Londoner Auktionshaus Christie's im Zeitraum von 1979 bis 1982 mindestens 10 Verträge miteinander abschlossen. In den Archivalien bezüglich der Geschäftsbeziehungen zwischen beiden Firmen lassen sich jedoch keine Hinweise auf den Verkauf der Kommode aus dem Märkischen Museum feststellen. Nicht auszuschließen wäre bei diesem Fall die Zwischeneinschaltung von „Vertrauenshändlern“ – wie die KuA Vermittler bei indirekten Versteigerungen nannte – bzw. die Veräußerung durch eine nicht involvierte Person. Im Vortrag soll auch auf einzelne Details bezüglich der Entnahme und des Verauktionierens der Beneman-Kommode sowie die Rekonstruktion ihrer Provenienzmerkmale eingegangen werden.

Die vorzustellende Einzelstudie liefert somit ein gutes Beispiel für die enge Verzahnung zwischen verschiedenen Unrechtskontexten sowie die Betroffenheit des globalen Kunstmarktes durch die Kunstexporte der DDR nach 1973, womit die Grenzen der ursprünglich ostdeutschen Problematik gesprengt werden.